

Neuigkeiten aus dem Mobilitätsbereich:

Aktuelle Informationen zur

a) Evaluation des Elektromobilitätsgesetz (EmoG)

b) Bundesförderung Ladeinfrastruktur

5. Gemeinsame Fachveranstaltung für Klimaschutz-,
Sanierungs- und Energiemanager und -managerinnen

06. September 2018, Potsdam



Michael Hergert – Grundsatzangelegenheiten Verkehr ,
Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)
des Landes Brandenburg

Elektromobilitätsgesetz – EmoG (Juni 2015 – befristet bis 12/2026)

- Ziel:
 - Maßnahmen zur Bevorrechtigung von elektrischen Fahrzeugen im Straßenverkehr ermöglichen
 - Verringerung insbesondere klima- und umweltschädlicher Auswirkungen
- Wesentlicher Regelungsinhalt des Gesetzes:
 - Definition der zu privilegierenden E-Fahrzeuge,
 - Kennzeichnung über das Nummernschild (E-Kennzeichen),
 - Park- und Haltereregulungen,
 - Nutzung von Busspuren,
 - Aufhebung von Zufahrtsverboten







Erste unabhängige Evaluation zum EmoG (Juni 2018)







- Allgemeines zum **Bericht**:
 - auf Basis von Interviews, Stellungnahmen und Besprechungen mit Kommunen und Verbändevertretern
 - gibt Auskunft über den Status-quo (insbes. Marktstruktur) elektrisch betriebener Fahrzeuge im Sinne des EmoG, die Entwicklung der Ladeinfrastruktur und den Umsetzungsstand/-probleme in den Kommunen
- **Begleitforschung „Vernetzte Mobilität“** (Fraunhofer ISI u.a.)
 - Online-Befragung im Winter 2017/18 unter einer ausgewählten Stichprobe großer Städte und Gemeinden (ab 5.000 EW)
 - Rücklaufquote 55% bei 540 Befragungsteilnehmern -> ca. 295 Antworten



Status-quo der E-Mobilität in Deutschland (1/3)

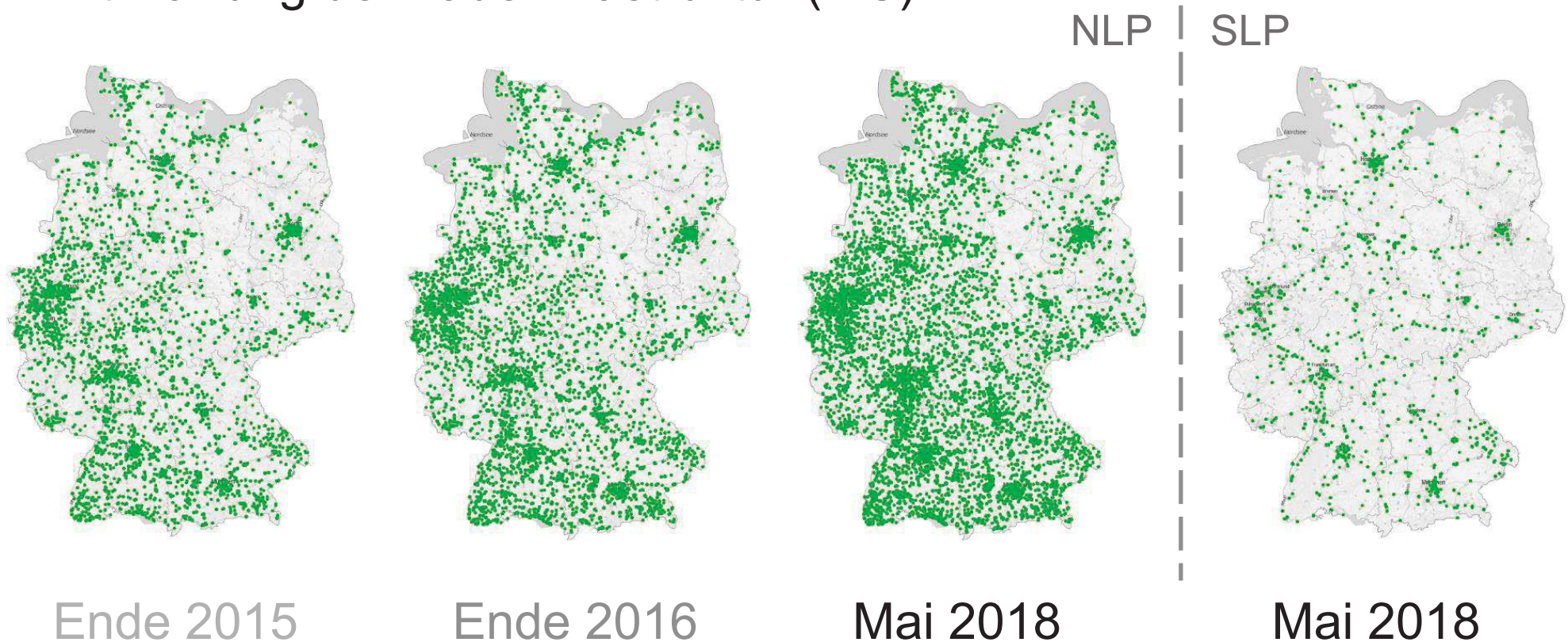
- Bestand relativ gering (0,22% aller Pkw, Lkw und Krad) 
 - aktuell **lange Lieferzeiten** von drei bis 12 Monaten 
- aber:
 - **dynamischer Wachstumstrend** in Neuzulassungen hält an 
 - E-Neuzulassungen im Jahr 2017 **maßgeblich im Pkw-Bereich**
 - **Halterstruktur:** 2/3 gewerbliche Kunden; 1/3 private Kunden
 - Bis 2021 deutlich mehr verfügbare **E-Fahrzeugmodelle** 
 - reine Batterie E-Fahrzeuge + 275 %
 - Plug-In-Hybrid E-Fahrzeuge + 125 %
 - Brennstoffzellen E-Fahrzeug + 100 %

Status-quo der E-Mobilität in Deutschland (2/3)

- Anmeldung mit E-Kennzeichen (ca. 56,8 % aller berechtigten E-Fahrzeuge) 
 - in Zukunft **weitere Privilegierungen zu erwarten** (Maut-Erlass Pkw/Lkw) 
- Ladeinfrastruktur (LIS):
 - derzeit: keine zentrale Erfassung aller öffentlichen oder öffentlich zugänglichen LIS-Standorte 
 - **Bedarf** an öffentlich zugänglicher und privater LIS **wird weiter steigen** 
 - **Bedarfsanforderungen ändern sich** mit techn. Fortschritt stetig 
(größerer Reichweite/höherer Ladeleistung)
 - **zukünftigen Ladebedarfen sollte proaktiv begegnet werden** 

Status-quo der E-Mobilität in Deutschland (3/3)

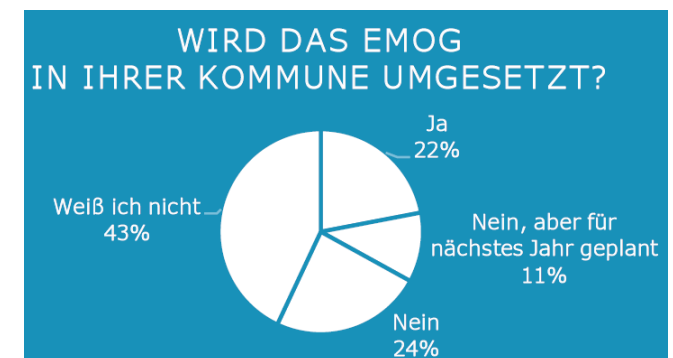
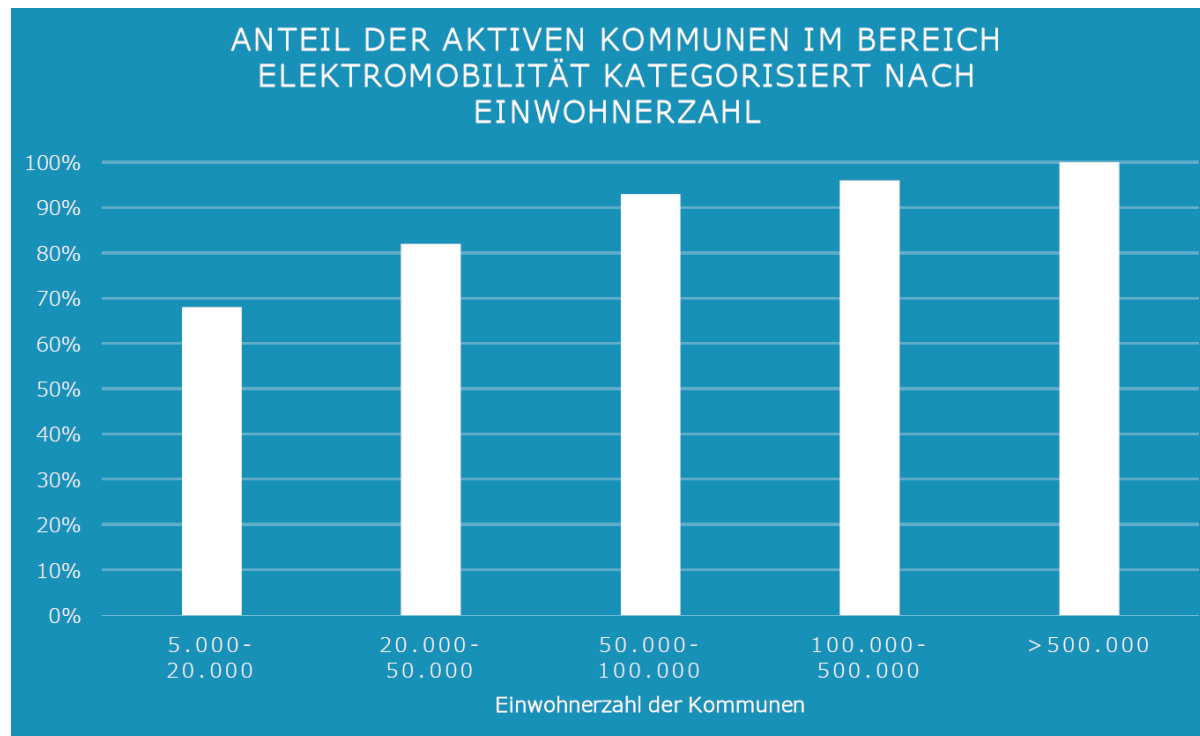
- Entwicklung der Ladeinfrastruktur (LIS):



Quelle: Zentrales Datenmonitoring des Förderprogramms „Elektromobilität vor Ort“ des BMVI (ZDM) / aus: Deutsches Dialog Institut GmbH; Noerr LLP - Berichterstattung 2018 zum Elektromobilitätsgesetz (EmoG)

Begleitforschung „vernetzte Mobilität“ (1/2)

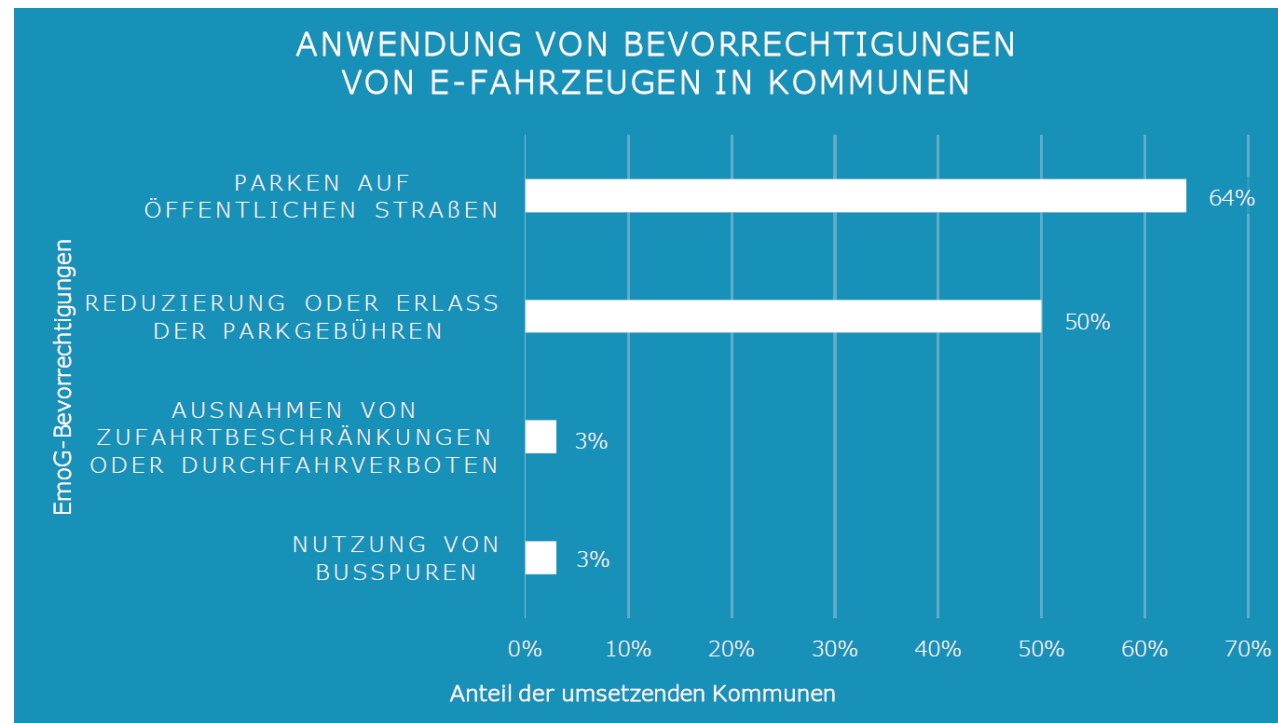
- Aktivität der Kommunen im Bereich E-Mobilität (anhand EW-Zahl)



Quelle: Begleitforschung „Vernetzte Mobilität“ im Rahmen des Förderprogramms „Elektromobilität vor Ort“ des BMVI / aus: Deutsches Dialog Institut GmbH; Noerr LLP - Berichterstattung 2018 zum Elektromobilitätsgesetz (EmoG)

Begleitforschung „vernetzte Mobilität“ (2/2)

- Anwendung von Bevorrechtigungen in den Kommunen



Quelle: Begleitforschung „Vernetzte Mobilität“ im Rahmen des Förderprogramms „Elektromobilität vor Ort“ des BMVI / aus: Deutsches Dialog Institut GmbH; Noerr LLP - Berichterstattung 2018 zum Elektromobilitätsgesetz (EmoG)

Umsetzungsstand / Ergebnisse

- mind. 112 Kommunen in DE wenden E-Bevorrechtigungen an
- zahlr. weitere K. planen diese bzw. sind in konkreter Vorbereitung
- Anwendungsmöglichkeiten EmoG -> **grundsätzl. positiv bewertet**
 - Rechtssicherheit der Ausweisung von Parkflächen an LIS
 - Kontrolle über Auswahl/Einführung einzelner Bevorrechtigungen
- aber: oft **nur ein Baustein** innerhalb lokaler Verkehrsplanung
- **eher flankierende Funktion** und keine übergeordnete Priorität



Umsetzungsprobleme (seitens Kommunen)

- Kosten/Einkommensausfälle müssen selbst getragen werden
- keine einheitl. Standards in Umsetzung (z.B. Beschilderung von LIS-Stellpl.)
- Unsicherheiten bzgl. Rechssicherheit (z.B. Abschleppen Falschparker)

Aktuelles zum Bundesprogramm Ladeinfrastruktur

- Erster Aufruf zur Antragseinreichung
(im Zeitraum 01.03. bis 28.04.2017, ca. 40 Mio. EUR)
- Zweiter Aufruf zur Antragseinreichung
(im Zeitraum 14.09. bis 30.10.2017, ca. 130 Mio. EUR)
- Dritter Aufruf: noch kein Termin
(ca. 130 Mio. EUR offen von insg. 300 Mio. EUR)

Aktuelles aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, vom 07.03.2018

➤ Einzelheiten hierzu insbesondere im Kapitel Mobilität ab Rdz. 3513ff

- klare Akzente im Hinblick auf den **Ausbau der LIS** angekündigt:
 - „*bestehende Förderkulisse, wo erforderlich, über das Jahr 2020 hinaus aufstocken und ergänzen*“
 - bis 2020 sollen weitere **100.000 zusätzliche LP** verfügbar werden
 - davon sollen **1/3 Schnellladesäulen** sein
 - geplante **Förderung privater LIS**
 - bspw. soll der Ausbau von Ladestellen für Elektrofahrzeuge für Mieter und Eigentümer von Wohnraum **rechtlich erleichtert** werden
- **(Förderung) alternativer Antriebe im ÖPNV** (Fahrzeuge, LIS, Betriebsmanagementsysteme)
- **gesetzlichen Bedingungen** für benutzerfreundliche Bezahlssysteme verbessern



Vielen Dank!